



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/61 - 13.3.52

Hinweise  
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Den sozialen Problemen ausgewichen	S. 1
Der Staatsstreich in Kuba	S. 3
"Bereinigung" des Kohlepreises	S. 5

## Um die bevorzugte Ausgangsstellung

P.R. Auf einem bestimmten Gebiet der Innenpolitik entfaltet die Bundesregierung seit einiger Zeit eine auffallende Betriebsamkeit. Nicht etwa in Fragen des Zusammenhanges von wirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialen Notwendigkeiten. Hier übt sie nach altem Brauch große Zurückhaltung, ob man nun an den Lastenausgleich, das Betriebsverfassungsgesetz, die allgemeine Neuordnung des Systems der sozialen Sicherung oder die Steuerreform denkt. Anders ist es im Bezirk der Innenpolitik im engeren Sinne des Wortes, in dem von der Regierung viel in Aussicht genommen und vorbereitet wird.

Bei allen diesen Entwürfen - etwa für ein Wahlgesetz, für ein Parteiengesetz, ein Presse- und ein Rundfunkgesetz - handelt es sich um die Schaffung von Grundlagen, die für die Vorbereitung der nächsten Bundestagswahlen und die Wahlen selbst von ausschlaggebender Bedeutung sein werden. Über einige dieser Themen hat sich kürzlich Bundesinnenminister Lehr, zunächst nur andeutungsweise, geäußert, zu einem, dem Pressegesetz, ist jetzt der Regierungsentwurf der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Aber auch sonst ist vielerlei aus diesem ganzen Komplex politischer Bemühungen über mancherlei Kanäle bekannt geworden.

Es ist zumeist wenig erfreulich und man wird sich damit noch genauer befassen müssen. Was soll es z.B. heißen, wenn

Dr. Lehr sagte, seine Zuversicht gehe dahin, daß ein Wahlgesetz dem Kabinett vorgeschlagen werden kann, "welches den besonderen politischen Verhältnissen hier in der Bundesrepublik angepaßt ist"? Entweder ist das ein reiner Gemeinplatz, denn natürlich wäre es für einen Bundesinnenminister absurd, zu hoffen, daß ein solches Gesetz den besonderen politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik nicht angepaßt sei. Oder es ist ein versteckter Hinweis auf das Streben nach einem Wahlsystem mit dem Prinzip weitestgehender Listenverbindung zur Schaffung mehr oder weniger unehrlicher Mehrheiten? Vielleicht auch auf die Tendenz nach einer Überbetonung des Mehrheitswahlrechtes, basierend auf einer Wahlkreiseinteilung, welche Gesichtspunkte der konfessionellen Zusammensetzung begünstigt?

Der Entwurf eines "Gesetzes über das Pressewesen", um das nächste Beispiel zu nennen, ist selbst nach dem Urteil von Journalisten und auch Beamten, die politisch durchaus dem Lager der Regierung zuzurechnen sind, in einzelnen Teilen rückständiger als das Bismarcksche Pressegesetz von 1874. Weiter: Im Rundfunk sind seit langem die Tendenzen unverkennbar, die Sender in eine möglichst weitgehende Abhängigkeit von der Regierung zu bringen und ihre politische Arbeit immer mehr zu einer Werbung für die Tätigkeit der Regierung werden zu lassen.

Das Parteiengesetz schließlich kann sehr leicht zu einem gefährlichen Instrument dann werden, wenn man Ausnahmesituationen von Parteien zum Ausgangspunkt für verallgemeinernde Feststellungen macht, die unter veränderten Verhältnissen Maßnahmen gegen einfach unbeliebte Parteien ermöglichen.

Jedenfalls liegt der Verdacht nahe, daß die Regierung ihre Machtstellung, d.h. ihre gouvernementalen Befugnisse und ihre schwache Mehrheit in einem politisch nicht mehr ausreichend legitimierten Parlament dazu benutzen will, sich und den sie tragenden Parteien eine bevorzugte Ausgangsstellung für die kommende Bundestagswahl zu schaffen. Deshalb ist auf diesem ganzen Gebiet, auf dem das Bundesinnenministerium eine so auffallende Betriedsamkeit entfaltet, äußerste Aufmerksamkeit Pflicht.

### Der Sergeant marschiert ...

In Kuba ist der verfassungsmäßige demokratische Präsident und seine Regierung vom "General" Fulgencio Batista mit Hilfe der einzigen beiden Tanks der Wehrmacht und der Garnison der Hauptstadt beseitigt worden. Für den, der die abenteuerliche Laufbahn des Führers des Putsches kennt, eine echt lateinamerikanische Operettenrevolution; für den, der von der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Inselrepublik weiß, eine sehr ernste und wichtige Angelegenheit.

Batista begann seine Präsidentenstürzerei in den 30er Jahren als Sergeant des kubanischen Heeres und bis heute wird er von Freund und Feind "El Sargento", der Sergeant genannt. Erst die Diplomaten der Westalliierten vermochten ihn zu bewegen, daß er sich, um in der internationalen politischen Welt salonfähig zu sein, zum mindesten zum General mache. Das war 1940, als man für die am Weltkrieg herzlich uninteressierten Kubaner einen starken Mann brauchte, um sie in die alliierte Kriegsfront einzugliedern. Der Sergeant marschierte mit so viel Erfolg, daß man ihn sogar für 1940 bis 1944 zum Präsidenten wählte und zog die Generalsuniform an. (Und blieb populär, weil er jeden armen Schlucker, der ihn bei den öffentlichen Audienzen aufsuchte, zurechtwies: Nenn mich Sergeant, für mein Volk bin ich immer noch der Sergeant!) Als der Sergeant aber gegen Kriegsende zuviel für seinen "Wehrbeitrag" kassieren wollte, wurde er uninteressant und die Kubaner konnten 1944 und 1948 in Ruhe und auf verhältnismäßig demokratische Weise zwei Präsidenten wählen, deren politische Färbung man mit "sozialliberal" bezeichnen kann. Der letzte, Prío Socarnas, war so liberal, daß er den Sergeanten aus Miami, New York und anderen schönen Exilorten zurückkehren ließ, was ihm jetzt zum Verhängnis wurde...

Für wen aber marschierte diesmal der Sergeant? Es läge nahe, an Peron zu danken. Das ist jedoch kaum glaublich, denn die beiden sind - oder waren? - sich spinnefeind. Die peronistischen antinordamerikanischen Ideen vertritt in Kuba seit zwei Jahren eine nationalistische Bewegung, an deren Spitze ein wirklicher General steht

der sogar eine gewisse Aussicht hatte, im Juni diesen Jahres bei den fälligen Präsidentenwahlen gewählt zu werden.

Also gegen Peron, für Washington? Das wäre zum mindesten zuviel gesagt. Kuba war in den letzten acht Jahren ein demokratischer Staat geworden, mit einer gesunden Gewerkschaftsbewegung, die für die demokratische Welt in Amerika ein gutes Gegengewicht gegen die in Mittelamerika noch immer spukende prokommunistische Gewerkschaftsbewegung des Mexikaners Lombardo Toledano bildete.

Aber Washington ist nicht Nordamerika, New York und seine Finanzkreise machen gern eigene Politik, nicht zuletzt in Lateinamerika. Kuba ist der zweitgrößte Zuckerproduzent der Welt und Nordamerika ist in der Hauptsache kubanischer Zucker. 59 der größten Zuckerfabriken Kubas mit 54% der Gesamtproduktion befinden sich in nordamerikanischem Besitz. Die Vereinigten Staaten übernehmen 90% der kubanischen Zuckerernte vertraglich zu festem Preis und die nordamerikanischen Zuckerkapitalisten schreien schon seit einem Jahre, daß die durch die Tätigkeit der kubanischen Gewerkschaften gestiegenen Arbeiterlöhne in der Zuckerindustrie ihnen keinen Gewinn mehr lassen. Die Reiserzeugung Kubas, ein aufblühender neuer Wirtschaftszweig, befindet sich ebenfalls zu 60% in nordamerikanischen Händen. 3 1/2 Mrd. to Eisenerz liegen in Kuba, 90% davon haben sich die nordamerikanischen Stahlkonzerne gesichert. Ähnliches gilt für gewisse Nichteisenerze, die man seit kurzem abbaut.

Die Möglichkeit, daß, wenn auch nicht Washington, sondern doch die Wallstreet den Sergeanten marschieren ließ, um sowohl die Nationalisierungsforderungen der kubanischen Peronisten, wie die Forderungen der kubanischen Arbeiterdemokratie auf erheblichen Anteil an dem Ertrag der Plantagen, Bergwerke und Fabriken zu unterdrücken, ist nicht von der Hand zu weisen.

Pablo Haupt

+ + +

#### Die Zahl der Besatzungsmächte

In Berufsschulprüfungen bei Dresden fragte man nach der Zahl der Besatzungsmächte in Deutschland. Vier von Dreißig bekamen in Gesellschaftskunde ein Mangelhaft, da sie die "Ungeschicklichkeit" besaßen, mit "vier" zu antworten. Die übrigen 27 Prüflinge witterten rechtzeitig die Gefahr und sagten "drei". - Die Sowjets dürfen jedenfalls nicht mehr als Besatzungsmacht bezeichnet werden.

+ + +

"Bereinigung" des Kohlepreises

-x. Die Regierungs-Propagandisten hatten in letzter Zeit häufig Anlaß, für anrüchige Probleme der Regierungspolitik nach geläufigen und unverfänglich scheinenden Namen zu suchen. Sie verwandelten mit Erfolg den Wehrbeitrag und die Remilitarisierung in den Verteidigungsbeitrag und neuestens sogar in einen "Friedensbeitrag" und versuchten zurzeit, die Erhöhung des Kohlepreises in eine "Bereinigung" zu verwandeln. Aber solche Versuche sind nicht immer sehr glücklich und diesmal gehen sie in ihrem Zweck völlig daneben, denn die Bereinigung bereinigt nicht den Bereiniger.

Bereinigen muß man bekanntlich unreine Dinge; und der gegenwärtige Kohlepreis ist wahrhaftig unrein. Es gibt den gebundenen Preis für einen großen Teil der Kohleförderung, den höheren Preis für die Mehrförderung, den Exportpreis und den Importpreis für US-Kohle. Da man aber den Kohlen, die ja rundherum schwarz zu sein pflegen, nicht ansieht, ob sie normal- oder mehrgefördert, importiert oder gar re-exportiert sind, herrscht ein Preiswirrwarr, wie man ihn sich im Bundeswirtschaftsministerium nicht schöner vorstellen und wünschen kann. An diesem Markt machten sich viele Hände schwarz.

Und gerade das war es, was Erhard wollte, als er den Kohlepreis "spaltete" und künstlich diesen Schwarzen Markt schuf. Er durchlöcherte die Kohleversorgung und den Kohlepreis, wie er seinerzeit die Bewirtschaftung durchlöchert hatte, mit dem einzigen Zweck, die Bewirtschaftung zu diffamieren und das Preisniveau zu erhöhen. Nun wird er "bereinigen" und nicht sagen, daß er selbst diese Unsauberkeiten auf dem Markt schuf. Er wird als optimistischer Posaunenengel auf der chemisch gereinigten Wolke eines erhöhten Preisniveaus schweben. Doch man sollte den Kohlenstaub an seinen Händen nicht übersehen, mit denen er die Posaune der freien Marktwirtschaft bläst.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau